

Verordnung über die Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau

Artikel 1

Gegenstand der Verordnung

1. In Durchführung von Artikel 82 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, (Wohnbauförderungsgesetz), sowie in Ausübung der eigenen Verordnungsbefugnis laut Artikel 5 des Regionalgesetzes vom 04. Jänner 1993, Nr. 1 i. g. F. (neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol), wird die Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau durch diese Verordnung geregelt.

Artikel 2

Zuweisungsberechtigte

1. Gemäß Artikel 82 des Landesgesetzes Nr. 13/1998, werden die dem geförderten Wohnbau vorbehaltenen Flächen in folgender Reihenfolge zugewiesen:
 - a) dem Wohnbauinstitut, und zwar für die Verwirklichung der Bauprogramme, die von der Landesregierung im Sinne von Artikel 22 des Landesgesetzes Nr. 13/1998, genehmigt werden;
 - b) einzelnen oder in Genossenschaften zusammengeschlossenen Personen, welche die Voraussetzungen laut Artikel 3 erfüllen;
 - c) den Gesellschaften, deren Ziel es ist, ohne Gewinnabsicht Volkswohnungen zu bauen und diese - aufgrund einer Vereinbarung mit der Landesverwaltung - zu verkaufen oder unter Zusicherung des späteren Verkaufes zu vermieten.
2. Die Wohnbaugenossenschaften haben gegenüber einzelnen Gesuchstellern den Vorrang, sofern sie im Sinne dieser Durchführungsverordnung, einen Durchschnitt von mindestens 22 Punkten erreichen.
3. Bei Punktegleichheit werden die Gesuchsteller bevorzugt, welche hinsichtlich des Wohnsitzes in der Gemeinde rangälter sind.
4. Die Gesuche von Heimatfernern, welche vor der Auswanderung in der Gemeinde ansässig waren, sowie die Gesuche ihrer gerichtlich nicht getrennten Ehegatten werden für die Rangordnung berücksichtigt, sofern sich der Gesuchsteller verpflichtet, seinen Wohnsitz in die Gemeinde zu verlegen. Hatte der Gesuchsteller vor der Auswanderung in einer anderen Gemeinde Südtirols seinen Wohnsitz, so wird sein Gesuch für die

Regolamento per l'assegnazione delle aree destinate all'edilizia abitativa agevolata

Articolo 1

Oggetto del regolamento

1. In attuazione dell'articolo 82 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, (Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata), nonché nell'esercizio del proprio potere regolamentare di cui all'articolo 5 della legge regionale 04 gennaio 1993, n. 1, nel testo vigente (Nuovo ordinamento comunale della Regione Trentino-Alto Adige), l'assegnazione delle aree destinate all'edilizia abitativa agevolata è disciplinata dal presente regolamento.

Articolo 2

Aventi diritto all'assegnazione

1. Ai sensi dell'art. 82 della legge provinciale n. 13/98 le aree riservate all'edilizia abitativa agevolata sono assegnate nell'ordine:
 - a) all'Istituto per l'edilizia sociale per la realizzazione dei programmi di costruzione deliberati dalla Giunta provinciale ai sensi dell'articolo 22 della legge provinciale n. 13/98;
 - b) a persone singole od associate in cooperative in possesso dei requisiti di cui al seguente articolo 3;
 - c) alle società costituite con lo scopo di costruire senza fine di lucro abitazioni standard popolare e di alienarle - sulla base di una convenzione da stipulare con l'Amministrazione provinciale o di locarle con patto di futura vendita.
2. Le cooperative edilizie hanno la precedenza sui richiedenti singoli purchè il punteggio medio conseguito ai sensi del presente regolamento sia di almeno 22 punti.
3. A parità di punteggio hanno la precedenza i richiedenti con maggiore anzianità di residenza nel comune.
4. Le domande degli emigrati all'estero già residenti nel comune prima dell'emigrazione e dei loro coniugi non legalmente separati, sono inserite nella graduatoria, qualora i richiedenti si impegnino a stabilire la residenza nel comune. Le domande di emigrati all'estero che prima di emigrare erano residenti in altro comune della provincia sono inseriti nella graduatoria, qualora i richiedenti dimostrino di essere in grado di

Rangordnung berücksichtigt, wenn er nachweislich in der Gemeinde seinem Beruf oder seiner Arbeit nachgehen kann. Im Hinblick auf die Festlegung der Punktezahl wird die im Ausland geleistete Arbeitszeit als im Lande geleistet angesehen.

5. Die Heimatfernen müssen innerhalb eines Jahres ab dem im Zuweisungsbefehl laut Artikel 83, Absatz 1, Buchstabe c) des L.G. Nr.13/1998 angegebenen Termin für die Fertigstellung der Bauarbeiten, ihren Wohnsitz in die neue Wohnung verlegen.
6. Das Eigentum an Flächen für den geförderten Wohnbau können auch Gesuchsteller erwerben, die von der Landesüberwachungskommission für den geförderten Wohnbau im Sinne von Artikel 63 des L.G. Nr.13/1998 ermächtigt werden, ihre Wohnung zu veräußern, um eine andere dem Bedarf der Familie angemessene Wohnung zu bauen.
7. Gesuchsteller, die im Ansuchen um die Zuweisung geförderten Baugrundes den Umstand geltend machen, dass sie mit einer anderen Person in eheähnlicher Beziehung leben, erhalten den Grund gemeinsam mit der genannten Person zugewiesen, wenn diese ebenfalls die Voraussetzungen für die Zuweisung geförderten Baugrundes besitzt.

Artikel 3

Voraussetzungen für die Zuweisung von Flächen für den geförderten Wohnbau

1. Um die Zuweisung ins Eigentum von Flächen zu erwerben, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten sind, müssen die Mitglieder von Wohnbaugenossenschaften oder die einzelnen Antragsteller folgende Voraussetzungen erfüllen:
 - a) sie müssen ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz in der Gemeinde und seit mindestens fünf Jahren im Lande haben;
 - b) sie dürfen nicht Eigentümer einer dem Bedarf ihrer Familie angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung sein, das Fruchtgenuss-, Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung haben, oder in den fünf Jahren vor Einreichen des Gesuches das Eigentum, das Fruchtgenuss-, Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung veräußert haben; dasselbe gilt für den nicht getrennten Ehegatten und für die in eheähnlicher Beziehung lebende Person;
 - c) sie dürfen nicht Mitglieder von Familien sein, die zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Kauf oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden sind; dies gilt nicht für den Fall, dass eine neue Familie gegründet wird;

esercitare la loro professione, impiego o lavoro nel comune. Ai fini dell'attribuzione del punteggio il periodo di lavoro prestato all'estero si considera prestato in Provincia .

5. Gli emigrati all'estero hanno l'obbligo di trasferire la propria residenza nel nuovo alloggio entro un anno dalla data per la ultimazione dei lavori indicata nella delibera di assegnazione ai sensi dell'articolo 83, comma 1, lettera c) della L.P. n. 13/98.
6. Possono diventare proprietari di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata anche richiedenti i quali siano stati autorizzati dalla commissione provinciale di vigilanza sull'edilizia abitativa agevolata ai sensi dell'articolo 63 della L.P. n. 13/98, ad alienare il proprio alloggio per costruire un altro corrispondente al fabbisogno della famiglia.
7. Ai richiedenti, che nella domanda di assegnazione di un'area destinata all'edilizia abitativa agevolata dichiarano di convivere more uxorio con un'altra persona il terreno viene assegnato in comproprietà con l'altra persona qualora quest'ultima è in possesso dei requisiti richiesti per l'assegnazione di un'area destinata all'edilizia abitativa agevolata.

Articolo 3

Requisiti per l'assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata

1. Per conseguire l'assegnazione in proprietà di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata i soci di cooperative edilizie oppure i richiedenti singoli devono essere in possesso dei seguenti requisiti:
 - a) devono avere la residenza od il posto di lavoro nel comune e da non meno di cinque anni in provincia;
 - b) non devono essere proprietari od avere il diritto di usufrutto, uso od abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia in località facilmente raggiungibile od avere ceduto nel quinquennio antecedente la presentazione della domanda la proprietà di una tale abitazione. Ciò vale anche per il coniuge non separato e la persona convivente more uxorio con il richiedente;
 - c) non devono essere componenti di una famiglia che sia stata ammessa ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto o il recupero di un'alloggio, salvo il caso di costituzione di nuova famiglia;

- d) sie dürfen nicht über ein Gesamteinkommen verfügen, das die Einkommenshöchstgrenze übersteigt, die gemäß Artikel 58 des L.G. Nr.13/1998 festgelegt wird;
- e) sie müssen das 23. Lebensjahr vollendet haben, falls es sich um ledige Gesuchsteller ohne unterhaltsberechtigten Familienangehörigen handelt. Diese Voraussetzung findet für Gesuchsteller mit Behinderung nicht Anwendung.
- f) sie müssen seit mindestens zwei Jahren eine dauerhafte unselbständige oder selbständige Arbeitstätigkeit ausgeübt haben, oder, im Falle von Saisonarbeit, insgesamt nicht weniger als 18 Monate in den letzten drei Jahren tätig gewesen sein. Für die Dauerhaftigkeit der Arbeitstätigkeit werden Unterbrechungen von insgesamt weniger als 120 Tagen nicht berücksichtigt. Diese Voraussetzung findet für pensionierte, arbeitsunfähige und Gesuchsteller mit Behinderung nicht Anwendung, ebenso wenig für Gesuchsteller mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen, die infolge von Trennung, Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe Unterhaltszahlungen beziehen.
- g) sie müssen mindestens 16 Bedürftigkeitspunkte erreichen;
- h) sie dürfen nicht Eigentümer eines zum Bau einer Wohnung von wenigstens 495 Kubikmetern ausreichenden Grundstückes in einem Ort sein, der leicht erreichbar ist; ebenso dürfen sie nicht ein solches Grundstück in den fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches veräußert haben.
2. Von der Zuweisung geförderten Baulandes sind die Gesuchsteller ausgeschlossen, deren Eltern, Schwiegereltern oder Kinder in einem vom Arbeitsplatz oder Wohnort des Gesuchstellers aus leicht erreichbarem Ort Eigentümer einer Wohnfläche sind, deren Konventionalwert größer ist als der Betrag, der sich aus dem Konventionalwert einer Wohnung mit 100 Quadratmetern Konventionalfläche, multipliziert mit der um eins erhöhten Anzahl der Kinder, ergibt. Vom Konventionalwert der Wohnungen werden die hypothekarischen Darlehen in Abzug gebracht, die für den Bau oder den Kauf dieser Wohnungen aufgenommen wurden. Zum Zwecke der Berechnung werden auch die Wohnungen berücksichtigt, die in den fünf Jahren vor Einreichen des Gesuches veräußert worden sind. Das Wohnungsvermögen der Schwiegereltern wird im Falle des Ablebens des Ehegatten, durch den die Schwägerschaft begründet ist, sowie im Falle von Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe nicht berücksichtigt.
3. Wenn für den Bau einer Wohnung Bankdarlehen aufgenommen werden, kann die Grundzuweisung nur dann erfolgen, wenn nach Abzug der Amortisationsrate der Darlehen der Familie des Gesuchstellers noch das Lebensminimum verbleibt.
- d) non devono avere un reddito complessivo superiore ai limiti massimi fissati ai sensi dell'articolo 58 della L.P. n. 13/98;
- e) devono avere compiuto il 23° anno di età nel caso in cui si tratta di richiedente non coniugato senza familiari a carico. Questo requisito non si applica in caso di richiedenti con handicap.
- f) devono avere svolto continuamente da almeno due anni un'attività di lavoro dipendente o autonomo o, qualora si tratti di lavoro stagionale, avere svolto un'attività di lavoro complessivamente non inferiore a 18 mesi negli ultimi tre anni. Ai fini della continuazione non vengono computate interruzioni dell'attività lavorativa di durata complessivamente non superiore a 120 giorni. Tale requisito non si applica a richiedenti pensionati, invalidi, persone con handicap o richiedenti con familiari a carico che percepiscono assegni di mantenimento in seguito a separazione personale, scioglimento o cessazione degli effetti civili del matrimonio.
- g) devono raggiungere un punteggio di almeno 16 punti;
- h) non devono essere proprietari e non devono avere ceduto nel quinquennio antecedente la domanda un'area edificabile in località agevolmente raggiungibile sufficiente per la realizzazione di un alloggio di almeno 495 metri cubi.
2. Sono esclusi dall'assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata i richiedenti i cui genitori, suoceri o figli siano proprietari, in località facilmente raggiungibile dal posto di lavoro o di residenza del richiedente, di una superficie abitabile il cui valore convenzionale sia superiore all'importo che risulta dal valore convenzionale di un alloggio popolare di 100 metri quadrati, moltiplicato per il numero dei figli aumentato di un'unità. Dal valore convenzionale delle abitazioni vengono detratti i mutui ipotecari assunti per la costruzione o l'acquisto di tali abitazioni. Ai fini del calcolo si considerano anche le abitazioni alienate nei cinque anni antecedenti la presentazione della domanda. Non si tiene conto del patrimonio abitativo dei suoceri in caso di morte del coniuge da cui deriva il vincolo di affinità, nonché in caso di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio.
3. Se per l'acquisto, la costruzione o il recupero dell'abitazione vengono stipulati contratti di mutuo, l'assegnazione del terreno può essere effettuata solo qualora, detratta la rata di ammortamento del mutuo, il nucleo familiare del richiedente disponga di un reddito netto non

inferiore al minimo vitale.

Artikel 4 Einreichung der Gesuche

1. Die Gesuche um Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau können ganzjährig eingereicht werden.
2. Das Gesuch um die Zuweisung geförderten Baulandes ist auf dem von der Gemeinde erstellten Formblatt zu stellen. Im Gesuch ist die Größe der Wohnung anzugeben, deren Bau der Gesuchsteller beabsichtigt.
3. Im Formblatt laut Absatz 2 muß der Gesuchsteller u.a. erklären, daß er im Besitz der nachstehenden Voraussetzungen ist:
 - a) dass weder er, noch sein gerichtlich nicht getrennter Ehegatte, noch die in eheähnlicher Beziehung lebende Person, das Eigentum, den Fruchtgenuss, das Gebrauchs- oder das Wohnungsrecht an einer angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung haben oder eine solche Wohnung in den fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches veräußert haben ;
 - b) dass er nicht Mitglied einer Familie ist, die zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Erwerb oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden ist oder für den Fall, dass dieser Umstand gegeben ist, dass er eine neue Familie gründen will ;
 - c) dass er weder Eigentümer eines zum Bau einer Wohnung von wenigstens 495 m³ ausreichenden Grundstücks in einem Ort ist, der vom Arbeitsplatz oder Wohnort aus leicht erreichbar ist, noch ein solches Grundstück in den fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches veräußert hat.
4. Dem Gesuch um Grundzuweisung sind -soweit sie nicht schon im Besitze der Verwaltung sind - alle geeigneten Dokumente beizulegen, mit dem die im Formblatt geltend gemachten Bevorzugungskriterien erhärtet werden. Außerdem ist eine Erklärung über den Liegenschaftsbesitz der Eltern und Schwiegereltern bzw. Kinder vorzulegen.

Artikel 5 Erstellung der Rangordnung

1. Die provisorische Rangordnung der Gesuche um Grundzuweisung wird vom Gemeindeausschuss innerhalb 31. Dezember eines jeden Jahres genehmigt, wobei für jedes Gesuch, das innerhalb November desselben Jahres eingereicht wurde, die entsprechenden Punkte zuerkannt werden.
2. Die Gesuchsteller werden von der Genehmigung der provisorischen Rangordnung mit dem Hinweis auf den Beginn der Veröffentlichung des Beschlusses an der Amtstafel verständigt.

Articolo 4 Presentazione delle domande

1. Le domande di assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata possono essere presentate tutto l'anno.
2. La domanda di assegnazione di terreni destinati all'edilizia abitativa agevolata deve essere presentata sul modulo appositamente predisposto dal comune.
3. Nel modulo di cui al comma 2 il richiedente tra l'altro deve dichiarare di essere in possesso dei seguenti requisiti:
 - a) di non essere nè lui, nè il coniuge non legalmente separato, nè la persona convivente more uxorio, proprietario o titolare del diritto di usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile, o di non avere ceduto nei cinque anni precedenti la presentazione della domanda la proprietà, il diritto di usufrutto, uso o abitazione di un tale alloggio;
 - b) di non essere componente di una famiglia che sia stata ammessa ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto o il recupero di un alloggio, salvo il caso di costituzione di una nuova famiglia;
 - c) di non essere proprietario e di non aver ceduto nel quinquennio antecedente la domanda un'area edificabile in località facilmente raggiungibile, sufficiente per la realizzazione di un alloggio di almeno 495 metri cubi.
4. Alla domanda di assegnazione del terreno, qualora non fosse già agli atti dell'Amministrazione, deve essere allegato qualsiasi documento idoneo a rafforzare i criteri di preferenza indicati nel modulo. Inoltre deve essere prodotta una dichiarazione concernente la proprietà di immobili dei genitori, degli suoceri oppure dei figli.

Articolo 5 Formazione della graduatoria

1. La graduatoria provvisoria delle domande per l'assegnazione, per le domande pervenute fino a novembre, è approvata dalla giunta comunale entro il 31 dicembre di ogni anno, attribuendo a ciascuna domanda, pervenuta entro novembre dello stesso anno, il punteggio relativo.
2. Ai richiedenti viene comunicata l'approvazione della graduatoria prima della pubblicazione delle deliberazioni all'albo comunale, indicando anche la data di pubblicazione.

3. Gegen die provisorische Rangordnung können die Gesuchsteller innerhalb der 10-tägigen Veröffentlichungsfrist des Beschlusses Widerspruch beim Gemeindeausschuss einbringen. Zugleich mit dem Widerspruch können Dokumente beigebracht werden, um Bevorzugungskriterien, die bereits im Gesuch geltend gemacht wurden, zu erhärten. Neue Bevorzugungskriterien können nicht geltend gemacht werden.

4. Die Widersprüche werden innerhalb von 30 Tagen überprüft und innerhalb der genannten Frist wird die endgültige Rangordnung erstellt.

5. Die Rangordnung behält ihre Gültigkeit für die Dauer von 3 Jahren vom Tag der Erstellung der provisorischen Rangordnung und die dort enthaltenen Gesuche haben für diesen Zeitraum Vorrang vor den in späteren Rangordnungen enthaltenen Ansuchen.

6. Sofern genügend Baugrund für alle Antragsteller zur Verfügung steht, kann von der Erstellung der Rangordnung abgesehen und die Grundzuweisung direkt vorgenommen werden.

Artikel 6 Punktebewertung

1. Für die Punktebewertung der Gesuche um Grundzuweisung findet die im Artikel 47 des Landesgesetzes Nr.13/1998 vorgesehene Durchführungsverordnung Anwendung.
2. Für zehn Jahre Ansässigkeit in der Gemeinde wird 1 zusätzlicher Punkt und für mehr als fünfzehn Jahre Ansässigkeit in der Gemeinde werden 2 zusätzliche Punkte anerkannt.
3. Für die Berechnung der Dauer der Ansässigkeit in der Gemeinde wird auch die historische Ansässigkeit anerkannt.

Artikel 7 Ausmaß der zugewiesenen Fläche

1. Die den einzelnen Gesuchstellern zugewiesene Fläche wird so bemessen, dass der Bau von Volkswohnungen möglich ist, wobei die im Gesuch enthaltenen Angaben über die Größe der Wohnung, deren Bau der Gesuchsteller beabsichtigt, zu berücksichtigen sind.
2. Die Baumasse über Erde, die der Gesuchsteller errichten darf, ist so zu bemessen, dass Volkswohnungen mit max. 110 m² Wohnfläche errichtet werden können. Für jedes weitere Mitglied nach dem Fünften kann die Wohnfläche um 15 m² erhöht werden.
Für Einzelpersonen, die nicht zu heiraten beabsichtigen, kann die zugewiesene Fläche so bemessen werden, daß die Errichtung einer Wohnung mit maximal 65 m² Nettowohnfläche möglich ist.

3. I richiedenti possono presentare contro la graduatoria provvisoria, ricorso in opposizione alla giunta comunale entro il termine di pubblicazione della delibera di 10 giorni. Contestualmente al ricorso possono venire presentati documenti idonei a rafforzare i criteri di preferenza già contenuti nella domanda. Non possono essere fatti presenti nuovi criteri di preferenza.

4. I ricorsi in opposizione sono esaminati entro 30 giorni, termine entro il quale viene formulata la graduatoria definitiva.

5. La graduatoria ha validità per la durata di 3 anni dal giorno di approvazione della graduatoria provvisoria e le domande ivi incluse, per questo periodo hanno la precedenza sulle domande incluse nelle graduatorie successive.

6. In caso sia disponibile terreno edificabile sufficiente per tutti i richiedenti, può essere rinunciato alla formazione della graduatoria ed assegnato direttamente il terreno.

Articolo 6 Assegnazione del punteggio

1. Per l'attribuzione del punteggio alle singole domande per l'assegnazione di un terreno si applica l'apposito regolamento di esecuzione di cui all'art. 47 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13.
2. Viene riconosciuto un ulteriore punto per un decennio di residenza nel comune e due ulteriori punti per la durata della residenza nel comune che supera anni quindici.
3. Ai fini del calcolo della durata della residenza viene considerata anche la residenza storica.

Articolo 7 Dimensione dell'area assegnata

1. L'area assegnata ai singoli richiedenti è dimensionata in modo che sia consentita la realizzazione di alloggi popolari, tenendo conto delle indicazioni sulle dimensioni dell'abitazione, che il richiedente intende realizzare, contenute nella domanda.
2. La cubatura fuori terra, che il singolo richiedente può realizzare è da commisurare in modo tale che possono essere realizzati alloggi popolari con al massimo 110 m² di superficie abitabile. Per ogni componente la famiglia oltre il quinto la superficie abitabile può essere aumentata di 15 mq.
Per persone singole che non hanno intenzione di coniugarsi, l'area da assegnare potrà essere commisurata in modo da permettere la costruzione di un alloggio con una superficie utile massima di mq 65.

3. Andere Maßstäbe gelten für Bauten des Wohnbauinstitutes, sowie für die Wohnungen für alte Menschen, Wohnheime für Arbeiter und Studenten, sowie für geschützte Wohnungen und für Gemeinschaftswohnungen.

Artikel 8 Zuweisung der Fläche

1. Die Flächen für den geförderten Wohnbau, die während der Geltungsdauer der Rangordnung für die Zuweisung verfügbar werden, werden mit Beschluss des Gemeindevausschusses im Sinne von Artikel 82 des L.G.Nr.13/98 zugewiesen.
Ist die Rangordnung erschöpft und stehen weitere Flächen für die Zuweisung zur Verfügung, können die eventuell vorgelegten Gesuche laufend zu den Flächen zugelassen werden.
Als verfügbar gilt eine Fläche, sobald das Enteignungsverfahren eingeleitet ist.
2. Bevor die Grundzuweisung vorgenommen wird, muss der Gesuchsteller einen Finanzierungsplan vorlegen, mit dem er die Finanzierbarkeit seines Bauvorhabens nachweist.
3. Der Zuweisungsbeschluss muss die Angaben gemäß Artikel 83 des L.G.13/1998 enthalten.
4. Im Zuweisungsbeschluss muss festgehalten sein, dass zum Zeitpunkt des provisorischen bzw. des endgültigen Zuweisungsbeschlusses:
 - a) weder der Zuweisungsempfänger, noch sein gerichtlich nicht getrennter Ehegatte, bzw. die in eheähnlicher Beziehung lebende Person, das Eigentum, den Fruchtgenuss, das Gebrauchs- oder das Wohnrecht an einer dem Bedarf der Familie angemessenen Wohnung haben und eine solche Wohnung nicht in den letzten fünf Jahren veräußert haben;
 - b) weder der Zuweisungsempfänger noch eines der Familienmitglieder, die im Gesuch um Grundzuweisung angegeben sind, zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Erwerb oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden ist;
 - c) der Zuweisungsempfänger, weder das Eigentum an einem Grundstück hat, das zum Bau einer Wohnung von wenigstens 495 m² geeignet ist und an einem leicht erreichbaren Ort liegt, noch ein solches Grundstück nicht in den letzten fünf Jahren veräußert hat.
5. Wird eine neue Familie gegründet, so entfällt der Ausschließungsgrund laut Absatz 4 Buchstabe b).
6. Die Grundzuweisung kann in zwei Phasen erfolgen:
 - a) Sobald das Enteignungsverfahren für die Flächen, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten

3. Differenti criteri sono ammessi per le costruzioni dell'Istituto per l'edilizia sociale destinate ad alloggi per persone anziane od a case albergo per lavoratori, studenti o persone portatrici di handicaps o alloggi per comunità.

Articolo 8 Assegnazione dell'area

1. Le aree che si rendono disponibili per l'assegnazione durante la durata di validità della graduatoria sono assegnati ai sensi dell'articolo 82 della L.P. n.13/98 con delibera della Giunta comunale.
Qualora, a graduatoria esaurita, fossero disponibili ulteriori aree per l'assegnazione, domande eventualmente presentate possono essere correntemente ammesse alle aree.
È considerata disponibile per l'assegnazione un'area per la quale è stata avviata la procedura di esproprio.
2. Prima dell'attuazione dell'assegnazione dell'area il richiedente deve presentare un piano di finanziamento comprovante la finanziabilità del proprio progetto edilizio.
3. La delibera di assegnazione deve contenere le indicazioni di cui all'art. 83 della L.G. n. 13/98.
4. Nella delibera di assegnazione deve essere indicato che alla data della delibera di assegnazione provvisoria oppure alla data della delibera di assegnazione definitiva:
 - a) l'assegnatario, o il coniuge non separato, o il convivente more uxorio non sono proprietari, titolari del diritto di usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile, o non hanno ceduto nei cinque anni precedenti la presentazione della domanda la proprietà, il diritto di usufrutto, uso o abitazione di un tale alloggio;
 - b) l'assegnatario, o un componente della sua famiglia è stato ammesso ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto od il recupero di un alloggio corrispondente al fabbisogno della famiglia;
 - c) che il richiedente non è proprietario di un'area edificabile sufficiente per la realizzazione di un alloggio di almeno mc 495 sita in una località facilmente raggiungibile e che non ha alienato una tale area negli ultimi cinque anni.
5. Il motivo di esclusione di cui alla lettera b) del comma 4 non si applica in caso di costituzione di nuova famiglia.
6. L'assegnazione delle aree può essere effettuata in due fasi:
 - a) Avviata la procedura di esproprio per le aree destinate all'edilizia abitativa agevolata, può

ten sind, eingeleitet ist, kann die provisorische Grundzuweisung vorgenommen werden.

- b) Sobald die Flächen, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten sind, enteignet sind, kann die endgültige Grundzuweisung erfolgen.

Für den Fall, dass eine provisorische Grundzuweisung vorgenommen wird, müssen die in Absatz 4 enthaltenen Angaben im entsprechenden Beschluss des Gemeindeausschusses enthalten sein.

Artikel 9

Vorschlag für die Zuweisung der Wohnungen und die Aufteilung der Flächen

1. Wird eine Fläche an mehrere Personen ins Miteigentum oder an eine Wohnbaugenossenschaft zugewiesen, muß dem Einreichprojekt für die Erteilung der Baukonzession ein Vorschlag für die Zuweisung der einzelnen Wohnungen, für die Aufteilung der unverbauten Flächen unter den einzelnen Wohnungseigentümern sowie für die eventuelle Bestellung von Dienstbarkeiten beigelegt werden.

Artikel 10

Bezahlung des Grundes und der Erschließungskosten

1. Falls die Zuweisungsempfänger darum ansuchen, den Grund nach erfolgter Enteignung aber noch vor dessen endgültigen Zuweisung ins Eigentum zu besetzen, um mit den Bauarbeiten beginnen zu können, müssen sie zuerst eine Anzahlung von 80% auf den voraussichtlichen Abtretungspreis für die Fläche entrichten, der im Artikel 83 Absatz 1 Buchstabe f) des L.G. Nr.13/98 angege- ben ist.
2. Sollten zum Zeitpunkt der endgültigen Grundzuweisung die primären Erschließungsanlagen und die anderen Arbeiten, die notwendig sind, um die Erweiterungszone an das bestehende Versorgungsnetz der Gemeinde anzuschließen, noch nicht fertiggestellt sein, muß für den voraussichtlichen Betrag für die Dauer bis zur Abnahme der Arbeiten eine Bankbürgschaft vorgelegt werden.

Artikel 11

Übergangsbestimmungen

1. Gesuche, um die Zuweisung geförderten Baugrundes, die vor Inkrafttreten des Landesgesetzes Nr.13/1998 eingereicht wurden, werden im Sinne von Artikel 135 des genannten Gesetzes auf Grund der bis zum 26.Jänner 1999 geltenden Bestimmungen zugelassen.
2. Für Gesuche um die Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau, die bis zum 27.Jänner

essere effectuata l'assegnazione delle aree provvisoria.

- b)Espropriate le aree destinate all'edilizia abitativa agevolata, può essere effectuata l'assegnazione delle aree definitiva.

Nel caso di assegnazione provvisoria le indicazioni di cui al comma 4 devono essere contenute nella delibera relativa.

Articolo 9

Proposta di assegnazione degli alloggi e di divisione delle aree

1. Nel caso di assegnazione di un'area a più persone in comproprietà o ad una cooperativa edilizia alla domanda per il rilascio della concessione edilizia va allegata una proposta di assegnazione dei singoli alloggi, di divisione delle aree non edificate tra i singoli proprietari dei relativi alloggi nonché dell'eventuale costituzione di servitù.

Articolo 10

Pagamento del terreno e degli oneri di urbanizzazione.

1. Se gli assegnatari per iniziare i lavori fanno richiesta di occupare l'area ed esproprio avvenuto ma ancora prima della assegnazione definitiva in proprietà, devono anticipare una somma corrispondente all'80% del presumibile prezzo di cessione per l'area come indicato nell'articolo 83, comma 1, lettera f) della L.P. n. 13/98.
2. Se al momento dell' assegnazione definitiva dell'area i lavori per la realizzazione delle infrastrutture primarie e gli altri lavori per allacciare la zona di espansione ai pubblici servizi non fossero ultimati, deve essere prodotta per il presunto importo una fidejussione bancaria per la durata fino al collaudo dei lavori.

Articolo 11

Norme transitorie

1. Le domande di assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata presentate prima dell'entrata in vigore della legge provinciale n. 13/1998 sono ammesse ai sensi dell'art. 135 della citata legge in base alle norme vigenti fino al 26 gennaio 1999.
2. Alle domande di assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata presentate entro il 27 gennaio 2000 si applicano per quanto

2000 eingereicht werden, kommen hinsichtlich der dauerhaften Ausübung einer Arbeitstätigkeit und der Berechnung des Gesamteinkommens der Familie die Artikel 139 und 142 des oben erwähnten Gesetzes zur Anwendung.

Genehmigt mit Ratsbeschluss Nr. 26 vom 02.06.1999

Geändert mit Ratsbeschluss Nr. 15 vom 26.11.2003

concerne lo svolgimento continuativo di attività lavorativa nonché il calcolo del reddito familiare complessivo gli artt. 139 e 142 della legge di cui sopra.

Approvato con delibera consiliare n. 26 del 02.06.1999

Modificato con delibera consiliare n. 15 del 26.11.2003